

Im Schatten des Nationalrats? Die Spannung der Landtags- und Gemeinderatswahlen 2008

Filzmaier, Peter; Perlot, Flooh

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Filzmaier, P., & Perlot, F. (2008). Im Schatten des Nationalrats? Die Spannung der Landtags- und Gemeinderatswahlen 2008. *SWS-Rundschau*, 48(4), 391-412. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-233438>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Im Schatten des Nationalrats?

Die Spannung der Landtags- und Gemeinderatswahlen 2008

Peter Filzmaier/Flooh Perlot (Krems/Wien)

Peter Filzmaier/Flooh Perlot: *Im Schatten des Nationalrats? Die Spannung der Landtags- und Gemeinderatswahlen 2008* (S. 391–412)

In Österreich brachte das Jahr 2008 mit den Landtagswahlen in Niederösterreich und Tirol zwei wesentliche politische Entscheidungen neben der kurzfristig vorgezogenen Nationalratswahl. Bereits zu Jahresbeginn hatte auch Graz einen neuen Gemeinderat gewählt. Bei allen drei Wahlen kam es zu massiven Stimmenverschiebungen zwischen den Parteien. Trotzdem waren die Konsequenzen für die jeweiligen Machtverschiebungen gering. Der Beitrag fasst Ergebnisse und Wählerströme zusammen und interpretiert bzw. vergleicht das Wahlverhalten nach soziodemographischen Kriterien. Zusätzlich analysiert werden die jeweiligen Wahl- und Nichtwahlmotive. Die zentralen Erkenntnisse umfassen eine im Wesentlichen auf die WählerInnen von FPÖ und Grünen reduzierte Geschlechterkluft, eine wachsende Unberechenbarkeit von Präferenzen der WählerInnengruppen mittleren Alters und die daraus entstehenden Wettbewerbsräume für neue Parteien.

Schlagworte: Landtags- und Gemeinderatswahlen 2008, Wahlanalysen, Wahlmotive, Wählerstromanalysen

Peter Filzmaier/ Flooh Perlot: *Overshadowed by the Austrian Nationalrat? Tensions of Austrian State and Local Elections in 2008* (pp. 391–412)

In addition to advanced federal elections, two important political events shaped Austria in 2008. State elections were held in Lower Austria and Tyrol, and Graz elected a new municipal council already in January. Although the results hardly changed the respective governments in power, many votes were swapped between the parties in all of these elections. The article summarizes the election results and voter transition analyses, and compares socio-demographic characteristics of the voting behaviour. Voting motives also are being addressed, as are the reasons for non-voting. The main findings suggest a shrinking gender gap in Austria (only still valid for voters of the Freedom Party and of the Greens), a growing volatility among middle-aged voters, and subsequently emerging spaces for new parties.

Keywords: Austrian state and local elections 2008, election analyses, voting motives, voter transition analyses

1. Einleitung

Das Wahljahr 2008 in Österreich war letztlich vom vorgezogenen Entscheid über die Zusammensetzung des Nationalrats am 28. September 2008 geprägt, hatte jedoch vor dem Sommer zwei für die Politikforschung mindestens ebenso interessante Landtagswahlen sowie die Gemeinderatswahl in Graz zu bieten. Bereits diese Wahlen brachten erhebliche Stimmen- und Mandatsverschiebungen zwischen den kandidierenden Parteien, sowie – in Tirol – den Sensationserfolg einer neuen Liste. Die jeweiligen Ausgangslagen lassen sich bedingt vergleichen: Sowohl in Niederösterreich als auch in Tirol stellte die ÖVP im Jahr 2003 nach Stimmengewinnen den Landeshauptmann (und war auch seit 1945 in beiden Ländern stets die dominante Partei, fast immer mit absoluter Mehrheit), die FPÖ war bei den jeweils vorigen Wahlen 2003 schwer geschlagen worden. Die SPÖ hatte damals – aufgrund der FPÖ-Verluste sowie im Vergleich zu schwachen Ergebnissen während ihrer Kanzlerzeit auf Bundesebene Ende der neunziger Jahre – in beiden Bundesländern mäßig zulegen können.

Mit diesen Bedingungen endeten jedoch die Gemeinsamkeiten. Während in Tirol die Grünen 2003 ihr seit ihrem Bestehen österreichweit stärkstes Ergebnis auf Landes- bzw. Bundesebene erreicht hatten, waren sie in Niederösterreich verhältnismäßig schwach. Zusätzlich trat der ehemalige Arbeiterkammer-Präsident Fritz Dinkhauser in Tirol mit einer eigenen Liste zur Wahl an, der gute Chancen auf einen Einzug in den Landtag eingeräumt wurden. In Graz schließlich war Ernest Kaltenegger, der als Spitzenkandidat zum sehr erfolgreichen Abschneiden der KPÖ bei der Gemeinderatswahl 2003 beigetragen hatte, in den Landtag gewechselt und stand daher nicht mehr zur Verfügung.

Der Artikel beschäftigt sich neben den Wahlergebnissen (Kap. 2) mit den soziodemographischen Aspekten der Wahlentscheidung (Kap. 3), den Motiven von WählerInnen und NichtwählerInnen (Kap. 4–6) sowie mit dem Begriff und Phänomen der Personalisierung und dessen Auswirkungen auf das Wahlverhalten (Kap. 7).¹

2. Wahlergebnisse, Wählerströme und Indikatoren des Wahlverhaltens

Eine wesentliche Rahmenbedingung der Landtagswahlen 2008 sowie der Gemeinderatswahl in Graz war die seit 2007 auf Bundesebene regierende große Koalition von SPÖ und ÖVP unter SPÖ-Führung. Erstmals nach sieben Jahren fanden somit Landtags- und Gemeinderatswahlen während einer SPÖ-Kanzlerschaft statt, nachdem diese Partei in der Oppositionsrolle auf Bundesebene beinahe ausnahmslos Stimmenzuwächse verzeichnet hatte.

1 Falls nicht anders angegeben, stammen alle zitierten Umfragedaten aus Wahltagsbefragungen im Auftrag des ORF. Diese wurden jeweils am Wahltag mittels CATI (*computer assisted telephone interview*) von unterschiedlichen Instituten erhoben. Die Daten der Wählerströme stammen aus den für den ORF durchgeführten SORA-Wählerstromanalysen zu Niederösterreich und Tirol 2008 (SORA 2008a und 2008b). Dateninterpretationen beruhen auf eigenen Berechnungen des Instituts für Strategieanalysen und Kommunikationsforschung (ISAK) bzw. der Autoren.

Zusätzlich kam 2008 das ein Jahr zuvor geänderte Wahlrecht zum Tragen, wobei das aktive Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt und die Möglichkeit einer Briefwahl geschaffen wurde.

2.1 Die Gemeinderatswahl in Graz

Im Jänner 2008 wurde in Graz ein neuer Gemeinderat gewählt – nach dem nahezu wahllosen Jahr 2007 die erste (größere) Wahl nach der Nationalratswahl 2006 vor dem geänderten bundespolitischen Hintergrund. Markant am Grazer Ergebnis, dem aufgrund von islamfeindlichen Aussagen der FPÖ-Spitzenkandidatin ein auch bundesweit öffentlich stark beachteter Wahlkampf vorausgegangen war, waren vor allem die annähernde Halbierung der KPÖ von über 20 auf 11 Prozent der Stimmen, die Verluste der SPÖ von minus sechs Prozentpunkten sowie die starken Gewinne der Grünen von über sechs Prozentpunkten. Dagegen legten die von 36 auf über 38 Prozent steigende ÖVP, die mit Siegfried Nagl den amtierenden Bürgermeister stellte, und die FPÖ mit nunmehr knapp 11 Prozent jeweils rund zwei Stimmenanteilsprozente und zwei Mandate zu. Das BZÖ schaffte mit 4,3 Prozent der Stimmen und zwei der 56 Mandate erstmals seit seiner Gründung 2005 und der Nationalratswahl 2006 den Einzug in einen Volksvertretungskörper.

Es ergab sich eine Koalition von ÖVP und Grünen, die ein Arbeitsübereinkommen vereinbarte und die bisherige ÖVP/SPÖ-Koalition ablöste. Infolge des Proporzsystems, welches jeder Partei ab einem bestimmten Stimmenanteil automatisch Regierungssitze zuerkennt, sind freilich aufgrund ihres Stimmenanteils alle Gemeinderatsparteien mit Ausnahme des BZÖ in der Stadtregierung vertreten.

Tabelle 1: Gemeinderatswahlergebnisse Graz 2003 und 2008 im Vergleich

Partei	Gemeinderatswahl 2003			Gemeinderatswahl 2008		
	Stimmen	Prozent	Mandate	Stimmen	Prozent	Mandate
ÖVP	39.029	36,12	21	43.274	38,37 (+2,25)	23 (+2)
SPÖ	27.975	25,89	15	22.266	19,74 (–6,15)	11 (–4)
KPÖ	22.425	20,75	12	12.611	11,18 (–9,57)	6 (–6)
Grüne	8.930	8,26	4	16.416	14,56 (+6,30)	8 (+4)
FPÖ	8.626	7,98	4	12.235	10,85 (+2,87)	6 (+2)
BZÖ	–	–	–	4.857	4,31 (+4,31)	2 (+2)
Summe	106.985*	99**	56	111.659*	99,01**	56

Anmerkungen:

* Die Wahlbeteiligung betrug 58,37 Prozent (2003) und 57,9 Prozent (2008).

** Fehlende Werte auf 100 Prozent ergeben sich durch sonstige Listen bzw. Rundungsfehler.

Quelle: Stadtmagistrat Graz (2008)

Ihre Zugewinne erreichte die ÖVP in Graz vor allem mit überdurchschnittlichen Ergebnissen bei jüngeren WählerInnen unter 30 und bei jenen zwischen 30 und 50

Jahren (siehe dafür und für alle nachfolgenden Daten OGM 2008).² Bei der SPÖ war das Gegenteil der Fall – sie hatte besonders bei älteren Personen Erfolg. Im Vergleich zu anderen Wahlen seit 2002 (Filzmaier/Hajek 2005, 12–15, Filzmaier/Hajek 2007, 73), so etwa auch zur steirischen Landtagswahl 2005 (Filzmaier 2006, 6), waren jedoch der SPÖ-Stimmenüberhang sowie unterdurchschnittliche ÖVP-Ergebnisse in der 50plus-Generation bzw. unter PensionistInnen jeweils geringer ausgeprägt. Gleiches wie für die SPÖ galt auch für die FPÖ, die bei den über 50-Jährigen mit einem Stimmenanteil von 15 Prozent auch die insgesamt starken Grünen (Anteil unter den über 50-Jährigen: 11 Prozent) überholte. Die KPÖ war in dieser Altersgruppe ebenfalls schwach vertreten, das BZÖ wiederum erreichte dort vier Prozent der Stimmen. Neben der Generationenkluft konnte die ÖVP unter ihren WählerInnen auch eine Geschlechterkluft verhindern, d. h. anders als in früheren Wahlen (Filzmaier/Hajek 2005, 11–15) ähnlich wie die SPÖ unter Frauen und Männern etwa dasselbe Ergebnis erzielen. Der Tradition entsprechend wurden hingegen die FPÖ überwiegend von Männern sowie die Grünen häufiger von Frauen gewählt.

2.2 Die niederösterreichische Landtagswahl

Die Ausgangssituation in Niederösterreich vor der Landtagswahl 2008 war von der absoluten Mehrheit der ÖVP und einer starken Rolle des Landeshauptmanns Erwin Pröll geprägt. Das Ergebnis (siehe dazu Tabelle 2) brachte der ÖVP mit 54,4 Prozent der Stimmen einen weiteren leichten Ausbau ihres Vorsprungs. Sie erreichte fast die Rekordwerte von 1945 und 1983 mit jeweils 54,5 Prozent, während die weit zurückliegende SPÖ mit 25,5 Prozent acht Prozentpunkte verlor. Die Grünen (6,9 Prozent) konnten minimal an Stimmen zulegen, verloren jedoch prozentmäßig geringfügig. Ihr Mandatsstand blieb konstant. Die FPÖ kann insofern als größter Gewinner bezeichnet werden, als sie mit 10,5 Prozent ihren Stimmenanteil von 2003 mehr als verdoppelte und ihre Mandatszahl von zwei auf sechs Sitze sogar verdreifachte. Alle anderen kandidierenden Listen – wie das BZÖ und Die Christen-Partei (DCP) – blieben jeweils unter einem Prozent der Stimmen und schafften den Einzug in den Landtag nicht.

Eine entscheidende Grundlage für den Erfolg der ÖVP war ihre hohe Behalterate von 84 Prozent (SORA 2008a). Das bedeutet, dass sie 84 von 100 ihrer WählerInnen von 2003 auch 2008 für sich gewinnen konnte. Weiters fiel der Stimmenaustausch mit SPÖ, Grünen und NichtwählerInnen durchwegs deutlich positiv aus. Die ÖVP gewann von diesen Gruppen mehr Stimmen, als sie an diese verlor. Im Austausch mit der SPÖ gewann sie 48.000 Stimmen und gab nur 16.000 ab. Nur mit der FPÖ bilanzierte sie negativ – dem Gewinn von 9.000 Stimmen stand ein Verlust von 31.000 Stimmen gegenüber.

Die SPÖ konnte allein im Austausch mit den Grünen minimal positiv bilanzieren und verlor sonst massiv. 48.000 ehemalige SPÖ-WählerInnen wanderten – wie oben erwähnt – zur ÖVP ab, 32.000 zur FPÖ, 17.000 Stimmen verlor die SPÖ an die Nicht-

2 Zu beachten ist, dass aufgrund der kleinen Stichprobengröße der Grazer Wahltagsbefragung (n = 580) für die einzelnen Parteien lediglich Tendenzwerte belegbar sind.

wählerInnen. Die Behalterate von 67 Prozent war vor allem im Vergleich zur ÖVP deutlich geringer. Noch niedriger war nur die Behalterate der Grünen mit 53 Prozent. Dass sie nicht deutlicher Stimmen verloren, verdankten die Grünen der Mobilisierung ehemaliger NichtwählerInnen. Neben den Gewinnen von ÖVP und SPÖ überzeugte die FPÖ ebenfalls besonders frühere NichtwählerInnen. Von diesen konnte sie 13.000 Stimmen lukrieren und gab gleichzeitig nur 3.000 Stimmen an diese Gruppe ab.

Tabelle 2: Landtagswahlergebnisse Niederösterreich 2003 und 2008 im Vergleich

Partei	Landtagswahl 2003			Landtagswahl 2008				
	Stimmen	Prozent	Man-date	Stimmen	Prozent	Man-date	Behalterate der Parteien in Prozent	Größte Gewinne von/Verluste an
ÖVP	491.065	53,29	31	549.510	54,39 (+1,1)	31 (+/-0)	84	SPÖ +48.000/ FPÖ -31.000
SPÖ	309.199	33,55	19	257.770	25,51 (-8,04)	15 (-4)	67	ÖVP +16.000/ ÖVP -48.000
Grüne	66.543	7,22	4	69.852	6,91 (-0,31)	4 (+/-0)	53	NichtwählerInnen +12.000/ ÖVP -15.000
FPÖ	41.391	4,49	2	105.748	10,47 (+5,98)	6 (+4)	58	SPÖ +32.000/ ÖVP -9.000
KPÖ	7.072	0,77	—	8.661	0,86 (+0,09)	—	—	—
BZÖ	—	—	—	7.250	0,72 (+0,72)	—	—	—
DCP	—	—	—	8.537	0,84 (+0,84)	—	—	—
Summe	915.270*	99,32**	56	1.007.328*	99,7**	56		

Anmerkungen:

* Die Wahlbeteiligung betrug 71,79 Prozent (2003) bzw. 74,51 Prozent (2008).

** Fehlende Werte auf 100 Prozent ergeben sich durch sonstige Listen bzw. Rundungsfehler.

Quelle: Amt der niederösterreichischen Landesregierung (2008). Die Behalterate sowie die Angaben zu den größten Gewinnen und Verlusten in den Wählerströmen beruhen auf Berechnungen von SORA (2008a).

Im Hinblick auf soziodemographische Faktoren (siehe im Folgenden DUK (Donau-Universität Krems)/Public Opinion Strategies 2008) fällt am Wahlverhalten der NiederösterreicherInnen vor allem auf, dass die ÖVP sowohl bei Frauen und Männern als auch in sämtlichen Altersgruppen zumindest ihr landesweites Ergebnis von 2003 halten bzw. jenes von 2008 erreichen konnte. Analog zu Graz bedeutet das, dass sich weder eine Geschlechter- noch eine Generationenkluft auftrat und dass die Partei eine Mobilisierung in breiten Bevölkerungsschichten schaffte, indem sie sich als attraktives Angebot für sowohl junge als auch ältere, für weibliche wie auch männliche WählerInnen positionieren konnte. Im Gegensatz dazu erreichte die SPÖ vor allem in

der 50plus-Generation mit 29 Prozent Stimmenanteil ein überdurchschnittliches Ergebnis, das allerdings ebenfalls unter dem Gesamtergebnis von 2003 lag.

Für die SPÖ wirkte sich besonders negativ aus, dass nur rund 27 Prozent der PensionistInnen für sie stimmten, hingegen 58 Prozent für die ÖVP. Bemerkenswert ist die Stimmenverteilung bei den unter 30-Jährigen: Die in jüngeren WählerInnengruppen traditionell starken Grünen lagen mit acht Prozent diesmal nur leicht über ihrem Landesergebnis, SPÖ und FPÖ schnitten diesbezüglich schlechter ab. Die Grünen konnten in Niederösterreich vor allem die 30- bis 50-Jährigen ansprechen, dort erreichte die Partei 11 Prozent.

Die Analyse nach Berufsgruppen zeigt weitere Auffälligkeiten: Die SPÖ schnitt bei ArbeiterInnen mit 32 Prozent wenig überraschend etwas besser als im Bevölkerungsdurchschnitt ab, landete jedoch klar hinter der ÖVP, die unter ArbeiterInnen einen Anteil von 48 Prozent erzielte. Dazu passt, dass die SPÖ ihre Mehrheit in mehreren Städten mit einer vergleichsweise großen Arbeiterschaft an die ÖVP verlor (so etwa in Wiener Neustadt, in St. Pölten oder in Stockerau). Den relativ höchsten Stimmenanteil erreichte die SPÖ unter den im öffentlichen Dienst beschäftigten Personen. Mit 37 Prozent kam sie dort bis auf zehn Prozentpunkte an die ÖVP heran: Die SPÖ profitierte dabei auch – so eine mögliche Erklärung – von in Niederösterreich wohnhaften WählerInnen, die im von der SPÖ dominierten Wien für Bund oder Gemeinde Wien arbeiten.

2.3 Die Tiroler Landtagswahl

Das Antreten einer Liste von Fritz Dinkhauser, der bis zwei Monate vor dem Wahltag als Arbeiterkammer-Präsident für den ÖAAB (Arbeitnehmerbund der ÖVP) amtierte, war zweifellos das prägende Element der Landtagswahl in Tirol. Seine Kandidatur bzw. sein erwarteter Einzug in den Landtag machten schon vor dem von Ende September auf den 8. Juni vorgezogenen Wahltag eine erneute absolute Mandatsmehrheit der ÖVP sehr unwahrscheinlich. 2003 hatte sie mit 49,89 Prozent die absolute Stimmenmehrheit verfehlt, mit 20 Landtagssitzen jedoch die absolute Mehrheit an Mandaten erhalten. Damit drohte der ÖVP erstmals in der Zweiten Republik ein Verlust ihrer Vormachtstellung in Tirol. Aufgrund der Abschaffung des Proporzsystems im Jahr 1999 – bis dahin hatte jede Partei ab einem bestimmten Mindeststimmenanteil auch den Anspruch auf Regierungssitze –, war es sogar denkbar, dass die ÖVP zur Oppositionspartei wurde. Die ÖVP versuchte daher, ihren Wahlkampf so zu führen, dass sie vor der Möglichkeit einer Mehrheit von SPÖ, Grünen und der Liste Fritz Dinkhauser-Bürgerforum Tirol (FRITZ) warnte – freilich war diese Möglichkeit aufgrund von Umfragen und der Wahlarithmetik nicht realistisch. Angesichts der 2003 auf knapp über 60 Prozent dramatisch gesunkenen Wahlbeteiligung sollte damit eine Mobilisierung der ÖVP-Kernklientel erreicht werden, während Dinkhauser trotz seiner unveränderten ÖVP-Mitgliedschaft ProtestwählerInnen aus allen Lagern ansprach.

Die Liste FRITZ schaffte schließlich mit über 18 Prozent der Stimmen und sieben Mandaten aus dem Stand den Sprung auf den zweiten Platz im Landtag. Dieser Erfolg ging zulasten aller Parteien (mit Ausnahme der FPÖ), – und damit nicht nur der ÖVP,

die mit 40,5 Prozent ein Minus von 9,4 Prozentpunkten verzeichnete und nur noch 16 Mandate erreichte. Die SPÖ verlor mit 15,5 Prozent über zehn Prozentpunkte und fast die Hälfte ihrer Mandate, die Grünen mit knapp 11 Prozent ein Drittel ihrer Stimmen. Nur die FPÖ konnte mit 10,5 Prozent und einem Plus von über vier Prozentpunkten sowie mit vier statt bisher zwei Mandaten ihre Position stärken. Andere Parteien wie KPÖ und DCP scheiterten klar am Einzug in den Landtag.

Tabelle 3: Landtagswahlergebnisse Tirol 2003 und 2008 im Vergleich

Partei	Landtagswahl 2003			Landtagswahl 2008				
	Stimmen	Prozent	Mandate	Stimmen	Prozent	Mandate	Behalterate der Parteien in Prozent	Größte Gewinne von/Verluste an
ÖVP	144.774	49,89	20	136.401	40,50 (-9,39)	16 (-4)	68	SPÖ +9.000/ NichtwählerInnen -23.000
SPÖ	75.019	25,85	9	52.066	15,46 (-10,39)	5 (-4)	50	ÖVP +6.000/ NichtwählerInnen -15.000
Grüne	45.239	15,59	5	36.136	10,73 (-4,86)	4 (-1)	49	ÖVP/NichtwählerInnen +4.000 NichtwählerInnen -9.000
FPÖ	23.113	7,97	2	41.788	12,41 (+4,44)	4 (+2)	65	NichtwählerInnen +11.000/ FRITZ -3.000
KPÖ	2.032	0,7	–	3.896	1,16 (+0,46)	–	–	
FRITZ		–	–	61.795	18,35 (+18,35)	7 (+7)	–	NichtwählerInnen +30.000
DCP		–		4.699	1,40 (+1,4)		–	
Summe	290.177*	100**	36	336.781*	100,01**	36		

Anmerkungen:

* Die Wahlbeteiligung betrug 60,91 Prozent (2003) bzw. 65,84 Prozent (2008).

** Abweichungen von 100 Prozent ergeben sich durch Rundungsfehler.

Quelle: Amt der Tiroler Landesregierung (2008). Die Behalterate sowie die Angaben zu den größten Gewinnen und Verlusten in den Wählerströmen beruhen auf Berechnungen von SORA (2008b).

Die Wählerstromanalyse (SORA 2008b) zeigt, dass es nur in einem relativ geringen Ausmaß zu einem direkten Wechsel von WählerInnen der ÖVP zur Liste FRITZ kam. Diese gewann von den ungleich kleineren Parteien SPÖ (9.000 Stimmen) und Grünen (8.000 Stimmen) mehr als von der ÖVP (7.000 Stimmen). Mehr als die Hälfte ihrer Stimmen (30.000, also 52 Prozent) kam von ehemaligen NichtwählerInnen. Umgekehrt stellen sich auch die Verluste der anderen Parteien differenzierter dar, als ange-

sichts der Dinkhauser-Gewinne zu vermuten wäre. ÖVP, SPÖ und Grüne verloren die meisten Stimmen jeweils an die Gruppe der NichtwählerInnen. Entsprechend gering waren ihre Behalteraten: Die ÖVP erreichte 68 Prozent, die SPÖ 50 Prozent und die Grünen 49 Prozent. Die FPÖ hingegen holte den Großteil ihrer neuen Stimmen (11.000) von ehemaligen NichtwählerInnen und verlor nur 2.000 ihrer bisherigen WählerInnen an diese Gruppe. Die im Verhältnis zur Parteigröße besonders starken Verluste der SPÖ zeigen sich sehr deutlich bei den Wählerströmen: Außer von der ÖVP konnte sie im Saldo des Stimmenaustausches von keiner anderen Partei dazugewinnen.

Das Wahlergebnis ermöglichte mehrere Koalitionsmöglichkeiten, die für die ÖVP günstig waren. Sie konnte mit jeder Partei eine Regierung bilden, gegen die ÖVP wäre jedoch nur eine politisch unrealistische Vierer-Koalition aus den übrigen Landtagsparteien möglich gewesen. Letztlich kam es nach einem Führungswechsel in der ÖVP – Innenminister Günther Platter löste Herwig van Staa als Landeshauptmann ab – zur Fortsetzung der Koalition zwischen ÖVP und SPÖ. Spekulationen über eine ÖVP-Wahlkampfstrategie, gemäß der ein getrenntes Antreten mit dem später auch bei der Nationalratswahl kandidierenden Dinkhauser abgesprochen gewesen wäre, um anschließend gemeinsam mit sicherer Mehrheit zu regieren, bewahrheiteten sich somit nicht. Das Wahlergebnis hätte dies allerdings ermöglicht, und zwar aufgrund einer rechtlich zulässigen Listenkopplung. Die Wählerstromanalyse zeigt zudem, dass die Strategie »Getrennt antreten, vereint regieren« durchaus erfolgreich gewesen wäre.

Die ÖVP konnte nach soziodemographischen Kriterien (ISAK/SORA 2008) bei dieser Landtagswahl mit Stimmenanteilen von 45 bzw. 49 Prozent bei den 45- bis 59-Jährigen bzw. den über 60-Jährigen vor allem bei den älteren Generationen punkten. Bei WählerInnen bis 45 Jahre lag sie hingegen deutlich unter ihrem Gesamtergebnis. Speziell in der Gruppe der 30- bis 45-Jährigen schnitt die ÖVP mit nur 33 Prozent besonders schlecht ab. Das hing vor allem mit dem Erfolg von Dinkhauser zusammen, der in dieser WählerInnenschicht 28 Prozent erreichte. Die SPÖ erhielt den prozentuell höchsten Stimmenanteil von den 16- bis 29-Jährigen (19 Prozent) – auch Grüne und FPÖ lagen bei den jüngeren WählerInnen jeweils mit rund fünf bzw. drei Prozentpunkten über ihrem Gesamtergebnis.

Besonders überraschend war – abweichend von der Geschlechterkluft bei früheren Wahlgängen – , dass die ÖVP in der Gruppe von Frauen über 60 Jahre mit rund 54 Prozent(!) vergleichsweise sehr gut abschnitt, während die SPÖ nur bei Männern dieser Altersgruppe mit einem Anteil von 30 Prozent ihr Landtagswahlergebnis 2008 sehr deutlich übertraf. Die Grünen erreichten vergleichsweise gute Ergebnisse bei jüngeren Männern und vor allem bei Frauen bis 59 Jahre. Die FPÖ wurde umgekehrt überdurchschnittlich von Männern unter 30 (plus sieben Prozentpunkte) und über 60 Jahren (plus drei Prozentpunkte) gewählt, sowie mit einem Anteil von 13 Prozent ebenfalls häufiger von über 60-jährigen Frauen. Fritz Dinkhauser erzielte, wie erwähnt, seine größten Gewinne vor allem in der mittleren Altersgruppe zwischen 30 und 59 Jahren – und in dieser speziell bei Männern: Mit 30 Prozent Stimmenanteil kam die Liste FRITZ hier bis auf zwei Prozentpunkte an die ÖVP heran.

Bezogen auf das Stimmverhalten der ArbeiterInnen gab es in Tirol 2008 vier fast gleich große Parteien. ÖVP, Liste FRITZ, SPÖ und FPÖ erreichten in dieser Reihenfolge 26, 25, 23 und 21 Prozent. Bei den sonstigen Berufsgruppen gewann – unterschiedlich deutlich – jeweils die ÖVP vor der Liste FRITZ die größten Stimmenanteile. Nur unter den öffentlich Bediensteten erreichte das Bürgerforum Tirol mit 33 Prozent einen größeren Erfolg als die ÖVP mit 26 Prozent. Hier waren auch die Grünen mit 21 Prozent stark vertreten, die sonst nur noch bei Personen in Ausbildung – also insbesondere SchülerInnen und Studierenden – mit einem Anteil von 30 Prozent mehr Unterstützung fanden. Die FPÖ konnte neben dem angesprochenen Erfolg unter ArbeiterInnen vor allem PensionistInnen überzeugen.

3. Soziodemographie im Vergleich

3.1 Wahlverhalten nach Geschlecht

2008 ließ sich trotz der erwähnten Einschränkungen für einzelne Parteien – siehe den dramatischen Ausreißer von Frauen als ÖVP-Wählerinnen in Tirol – beim Wahlverhalten erneut eine leichte Geschlechterkluft (*gender gap*) beobachten, die sich bei Wahlen in Österreich seit den 1980er-Jahren abzeichnet (Filzmaier/Hajek 2007, 71, Plasser/Ullrich/Seeber 2007, 161–163). Dieses Phänomen bedeutet, dass Männer tendenziell eher Mitte-rechts-Parteien wie ÖVP und vor allem FPÖ wählen, während Frauen eher zu Mitte-links-Parteien wie zur SPÖ und im Speziellen zu den Grünen neigen.

Tabelle 4: Wahlverhalten nach Geschlecht 2008

Wahl	Geschlecht	ÖVP	SPÖ	Grüne	FPÖ	BZÖ	KPÖ	FRITZ
GRW Graz	Männer	37	19	13	14	4	12	–
	Frauen	39	21	17	8	4	10	–
	Differenz (PPD)	+2	+2	+4	–6	0	–2	–
LTW Niederösterreich	Männer	53	27	6	11	2	–	–
	Frauen	55	25	8	9	1	–	–
	Differenz (PPD)	+2	–2	+2	–2	–1	–	–
LTW Tirol	Männer	36	19	7	16	–	–	20
	Frauen	45	15	13	10	–	–	16
	Differenz (PPD)	+9	–4	+6	–6	–	–	–4

Anmerkungen: Angaben in Prozent, Differenz in Prozentpunkten (*percentage points difference*/PPD). Ein positives Ergebnis in der Differenz bedeutet, dass mehr Frauen als Männer die Partei gewählt haben, ein negatives den umgekehrten Fall. Abweichungen von 100 Prozent ergeben sich durch Rundungsfehler.

Quelle: ORF-Wahltagsbefragungen, durchgeführt von OGM (Österreichische Gesellschaft für Marketing) (2008) (Graz, n = 580), DUK (Donau-Universität Krems)/Public Opinion Strategies (2008) (Niederösterreich, n = 1.000) sowie von ISAK (Institut für Strategieanalysen und Kommunikationsforschung)/SORA (Institute for Social Research and Analysis) (2008) (Tirol, n = 1.079). Die maximale Schwankungsbreite betrug in Graz +/–4,2 Prozent, in Niederösterreich +/–3,5 Prozent und in Tirol +/–3 Prozent.

Bei den lokalen und regionalen Wahlen 2008 waren allerdings für eine solche Kluft im Wahlverhalten nach Geschlecht nur noch die größeren Anteile von grün wählenden Frauen (bis zu plus sechs Prozentpunkte gegenüber Männern) sowie von FPÖ wählenden Männern (bis zu plus sechs Prozentpunkte im Vergleich zu Frauen) verantwortlich. Von den größeren Parteien konnte die generell stark verlierende SPÖ diesmal hingegen – mit Ausnahme von Graz – eher Männer ansprechen, im Vergleich zur ÖVP allerdings nicht überdurchschnittlich punkten.

Für das geschlechtsspezifische Wahlverhalten lässt sich daher festhalten:

- Erstens wurde die ÖVP 2008 deutlich stärker von Frauen als von Männern gewählt. Den *gender gap* gibt es daher rechts der Mitte nur mehr bei der FPÖ (der Stimmenanteil des BZÖ war jeweils zu gering, um diese Tendenz auch für diese Partei zu belegen).
- Zweitens kann die SPÖ umgekehrt nicht mehr als typisches Beispiel für ein geschlechtsspezifisches Wahlverhalten genannt werden, im Gegenteil: Nur in Graz erhielt sie mehr Stimmen von Frauen. Bei Vergleichen mit den Landtagswahlen 2004 (Filzmaier/ Hajek 2005, 1–15) oder der Nationalratswahl 2006 (Filzmaier/ Hajek 2007, 73) zeigt sich hingegen noch ein deutlicher Überhang von Frauenstimmen für die SPÖ. Der *gender gap* im Mitte-links-Bereich ist demzufolge ein Phänomen, das vor allem bei den Grünen auftritt.
- Drittens ist das Wahlverhalten in Bezug auf neue und Kleinstparteien (zu denen an dieser Stelle trotz des Graz-Ergebnisses auch die KPÖ zählt) kaum in den geschlechtsspezifischen Rechts-links-Raster einzuordnen. Die durchaus konservative Liste FRITZ gewann beispielsweise überdurchschnittlich viele Stimmen von Männern, was dem geschlechtsspezifischen Stimmverhalten für die ÖVP widerspricht. Auffällig ist auch, dass deutlich mehr Männer als Frauen die KPÖ wählten.

3.2 Wahlverhalten nach Alter

Ein weiterer Indikator für das Wahlverhalten ist das Alter. Die Ausgangslage stellt sich wie folgt dar (Filzmaier/ Hajek 2007, 72–73): Vor allem die Grünen konnten in der Vergangenheit traditionell bei jüngeren WählerInnen überdurchschnittlich stark Stimmen gewinnen. Die SPÖ war, speziell bei den Landtagswahlen 2005 und bei der Nationalratswahl 2006, besonders bei älteren Personen sehr erfolgreich. Die Grünen erzielten auch 2008 bei WählerInnen unter 50 Jahren und vor allem bei jenen unter 30 Jahren ein überdurchschnittliches Ergebnis: Sie lagen in diesen Gruppen jeweils mehrere Prozentpunkte über ihrem Gesamtergebnis – am klarsten mit plus fünf Prozentpunkten bei unter 30-Jährigen in Tirol, mit einem noch deutlicheren Überhang in der Universitätsstadt Innsbruck.

Für die anderen Parteien ist hingegen das Wahlverhalten nach dem Alter differenzierter zu betrachten. Die ÖVP erhielt insbesondere in Graz viele Stimmen junger WählerInnen (plus zwei Prozentpunkte in der Gruppe bis 30 Jahre), schaffte es in Tirol aber nur bei den ab 45- bzw. ab 60-Jährigen, ihr Durchschnittsergebnis mit plus fünf bzw. neun Prozentpunkten deutlich zu übertreffen. Die SPÖ erzielte 2008 – allerdings

auf einem niedrigen Gesamtniveau – bei älteren Personen ein leicht überdurchschnittliches Ergebnis, viele bisherige ältere SPÖ-WählerInnen wurden jedoch zu NichtwählerInnen. Auch die FPÖ erreichte in den Altersgruppen der 50plus-Generation überdurchschnittlich hohe Stimmenanteile, am deutlichsten in Graz mit knapp vier Prozentpunkten über ihrem Gesamtergebnis. Alle drei etablierten Parteien (ÖVP, SPÖ und FPÖ) scheinen die WählerInnen in den mittleren Altersschichten schwerer zu erreichen. Bei diesen war in Tirol vor allem Fritz Dinkhauser mit seiner neuen Liste erfolgreich.

Tabelle 5: Wahlverhalten nach Altersgruppen 2008

Wahl	Alter	ÖVP	SPÖ	Grüne	FPÖ	BZÖ	KPÖ	FRITZ
GRW Graz	bis 29	40 (+2)	16 (-4)	19 (+4)	10 (-1)	2 (-2)	12 (+1)	–
	30–49	39 (+1)	18 (-2)	18 (+3)	7 (-4)	4 (0)	13 (+2)	–
	50+	36 (-2)	24 (+4)	11 (-4)	15 (+4)	5 (+1)	8 (-3)	–
LTW Niederösterreich	bis 29	58 (+4)	23 (-3)	8 (+1)	7 (-4)	3*	–	–
	30–49	53 (-1)	24 (-2)	10 (+3)	9 (-2)	2*	–	–
	50+	55 (+1)	29 (+3)	3 (-4)	11 (0)	1*	–	–
LTW Tirol	bis 29	38 (-2)	19 (+3)	16 (+5)	15 (+3)	–	–	12 (-6)
	30–44	33 (-7)	16 (0)	12 (+1)	8 (-3)	–	–	28 (+10)
	45–59	45 (+5)	9 (-7)	11 (0)	9 (-2)	–	–	21 (+3)
	60+	49 (+9)	17 (+2)	5 (-6)	14 (+2)	–	–	12 (-6)

Anmerkungen: Angaben in Prozent, Differenz in Klammer in Prozentpunkten bezogen auf das ganzzahlig gerundete Ergebnis der jeweiligen Partei. Rest auf 100 Prozent entfällt auf sonstige Parteien (Tirol) bzw. Rundungsfehler.

*Die Werte für das BZÖ sind zu gering, um eine sinnvolle Aussage zu treffen.

Quelle: ORF-Wahltagsbefragungen, durchgeführt von OGM (Österreichische Gesellschaft für Marketing) (2008) (Graz, n = 580), DUK (Donau-Universität Krems)/Public Opinion Strategies (2008) (Niederösterreich, n = 1.000) sowie von ISAK (Institut für Strategieanalysen und Kommunikationsforschung)/SORA (Institute for Social Research and Analysis) (2008) (Tirol, n = 1.079). Die maximale Schwankungsbreite betrug in Graz +/-4,2 Prozent, in Niederösterreich +/-3,5 Prozent und in Tirol +/-3 Prozent.

4. WählerInnenmobilität und NichtwählerInnen

Dass die Mobilität der WählerInnen bei allen drei Wahlen groß war, zeigten bereits die beschriebenen Ergebnisse und die Wählerstromanalysen (SORA 2008a und b), wobei die unterschiedlichen Richtungen der Ströme zu beachten sind. In Tirol erfolgte bei einer Wahlbeteiligung von 66 Prozent insgesamt der größte Austausch mit den NichtwählerInnen. Viele jener Personen, die 2003 der Wahl ferngeblieben waren, stimmten 2008 für eine Partei, gleichzeitig verloren die Listen den Großteil ihrer Stimmen wiederum an dieses Lager. Die direkte Wechselbereitschaft zwischen den Parteien war demgegenüber nicht sehr stark ausgeprägt.

Das deckt sich auch mit den Wählerstromanalysen der Tiroler Landtagswahl 2003: Vor dem Hintergrund des Einbruchs der Wahlbeteiligung um rund 20 Prozentpunkte (von 80,6 Prozent auf 60,9 Prozent) verloren schon damals alle Parteien mit Ausnahme

der Grünen die meisten Stimmen nicht an konkurrierende Listen, sondern an die NichtwählerInnen (SORA 2003).

Anders in Niederösterreich: Hier stieg die Wahlbeteiligung 2008 mit 74,5 Prozent im Vergleich zu 71,8 Prozent im Jahr 2003 sogar leicht an. Dabei tauschten die Parteien WählerInnen in einer beachtlichen Größenordnung aus. Zwar spielte die Mobilisierung von NichtwählerInnen ebenso eine Rolle – allerdings wechselten auch viele direkt zu einer anderen Partei, etwa von der ÖVP zur FPÖ oder von der SPÖ zur ÖVP.

Der Unterschied im Wechselverhalten lässt sich mit den Nichtwahlmotiven zumindest ansatzweise erklären: In Niederösterreich waren »nur« für rund 40 Prozent der NichtwählerInnen sämtliche Parteien und Kandidaten nicht attraktiv, in Tirol bejahten jedoch über 60 Prozent diese Aussage – sie war damit das meistgenannte Nichtwahlmotiv (siehe Tab. 7, S 404). Aufgrund dieser Ablehnung der antretenden Listen lag in Tirol die Alternative nahe, der Wahl fernzubleiben; hingegen gab es in Niederösterreich offenbar attraktivere Ausweichvarianten als das Nichtwählen.

Festgestellt werden kann: Die Beteiligung war bei den beiden Landtagswahlen etwas höher als im Vergleich zur jeweils vorangegangenen Wahl, lediglich in Graz sank sie geringfügig ab. Die zeitliche Entwicklung der Beteiligung zeigt, dass die leichte Steigerung vordergründig dem langjährigem Trend einer sinkenden Wahlbeteiligung widerspricht. In Niederösterreich nahm sie seit Ende der 1960er-Jahre konstant ab, in Tirol brach sie speziell bei der Wahl 2003 massiv ein.

Auch in Graz ist die Wahlbeteiligung seit den 1980er-Jahren rückläufig. Die Steigerung 2008 ist dennoch nicht als grundsätzliche Trendwende zu sehen, sondern vielmehr im Kontext der jeweiligen Wahl zu bewerten.

Tabelle 6: Wahlbeteiligungen im Zeitverlauf 1998 bis 2008 (Angaben in Prozent)

Wahl	1998 (Graz/NÖ) 1999 (Tirol)	2003	2008
GRW Graz	61,72	58,37	57,90
LTW Niederösterreich	71,95	71,79	74,51
LTW Tirol	80,57	60,91	65,84

Quellen: Stadtmagistrat Graz (2008), Amt der niederösterreichischen Landesregierung (2008) und Amt der Tiroler Landesregierung (2008)

In Niederösterreich trug vor allem die ÖVP durch ihre starke Mobilisierung und die hohe Behalterate zu dieser Zunahme bei, in Tirol waren das Antreten von Fritz Dinkhauser und die damit erneut mobilisierten NichtwählerInnen von 2003 wesentliche Faktoren. Zudem lag hier, wie auch in Graz, die Messlatte aufgrund der bereits 2003 stark gesunkenen Beteiligung sehr niedrig.

Bei allen drei Wahlen trat erstmals die Wahlaltersenkung von 2007 in Kraft, damit waren bereits 16-Jährige aktiv wahlberechtigt. Für die Wahlbeteiligung ist das insofern irrelevant, als sich eine Ausweitung der GesamtwählerInnenschaft – Wahlberechtigte und tatsächliche WählerInnen – erst dann auf die prozentuelle Beteiligung auswirkt,

wenn JungwählerInnen in dramatisch anderem Ausmaß als die übrigen WählerInnen ihre Stimme abgeben.

Entgegen einem häufigen Vorurteil ist es jedoch nicht so, dass unter 16- und 17-Jährigen das politische Interesse und damit die Wahlbeteiligung geringer sind – diese entspricht etwa dem Durchschnitt und sinkt eher erst in der Altersgruppe ab 19 oder 20 Jahren (Kozeluh/Nitsch 2006, Brunmayr/Filzmaier 2008, Stadtmagistrat Graz 2008). Die 16- bis 17-Jährigen stellen mit maximal drei Prozent der Wahlberechtigten bzw. WählerInnen einen zu geringen Anteil, um das Gesamtergebnis entscheidend zu beeinflussen. Selbstverständlich wählen diese drei Prozent unterschiedliche Parteien. Sogar wenn eine Partei in dieser Gruppe zehn Prozentpunkte über ihrem Durchschnittswert in allen Altersgruppen läge – abgesehen von den Grünen in Wien eine unrealistische Annahme –, würde sich ihr Wahlergebnis lediglich um den zehnten Teil von drei Prozent verbessern, also um maximal 0,3 Prozentpunkte.

Die NichtwählerInnen zählen allgemein zu den am wenigsten erforschten und am schwersten erforschbaren Gruppen innerhalb des Spektrums der Wahlberechtigten. Da sie eben nicht an Wahlen teilnehmen, entziehen sie sich häufig Wahltags- und Nachwahlbefragungen, weil ihr Interesse daran bzw. die Bereitschaft dazu ebenso gering sind (Filzmaier/Hajek 2005, 18, Filzmaier/Hajek 2007, 79). Das führt dazu, dass im Normalfall nur vergleichsweise kleine Stichproben für eine Analyse der Nichtwahlmotive vorhanden sind. Die daraus gewonnenen Daten sind entsprechend vorsichtig und vor allem als Tendenzwerte zu interpretieren.

Eine Gegenüberstellung der Wahlen 2008 zeigt, dass die Beweggründe von NichtwählerInnen nur teilweise generalisiert werden können.

Tabelle 7: Nichtwahlmotive 2008 (Angaben in Prozent)

Nichtwahlmotiv	GRW Graz	LTW NÖ	LTW Tirol*
Gehe aus Protest nicht wählen	33	22	33
Meine Stimme hat keinen Einfluss	4	38	27
Persönlich verhindert	24	28	30
Parteien/KandidatInnen nicht attraktiv	10	38	62
Politik interessiert mich nicht**	29	–	32
Zu wenig Information	–	24	31
Wahlausgang stand schon fest	–	50	25
Wegen der Skandale in der Tiroler Politik	–	–	46

Anmerkungen: Fehlende Werte wurden nicht abgefragt. In Niederösterreich und Tirol waren Mehrfachnennungen möglich.

*Werte für »trifft sehr zu« und »trifft etwas zu« wurden zusammengefasst.

**Frageversion in Tirol: »Ich habe kein Interesse an der Landtagswahl.«

Quelle: ORF-Wahltagsbefragungen, durchgeführt von OGM (Österreichische Gesellschaft für Marketing) (2008) (Graz, n = 580), DUK (Donau-Universität Krems)/Public Opinion Strategies (2008) (Niederösterreich, n = 1.000) sowie von ISAK (Institut für Strategieanalysen und Kommunikationsforschung)/SORA (Institute for Social Research and Analysis) (2008) (Tirol, n = 1.079). Die maximale Schwankungsbreite betrug in Graz +/- 4,2 Prozent, in Niederösterreich +/- 3,5 Prozent und in Tirol +/- 3 Prozent.

Die Häufigkeit der genannten Motive hängt jeweils von der Situation und vom jeweiligen (Wahl-) Kontext ab. So war beispielsweise in Niederösterreich die Aussage »Der Wahlausgang stand schon fest« das stärkste Nichtwahlmotiv (50 Prozent), in Tirol hingegen spielte dieses – den realen Gegebenheiten entsprechend – nur eine untergeordnete Rolle. Viel schwerer wog demgegenüber die fehlende Attraktivität der Parteien und KandidatInnen. Bei der Grazer Gemeinderatswahl war das Gefühl, die eigene Stimme würde nicht zählen, nur sehr gering ausgeprägt (vier Prozent Nennungen). Auf Landesebene war dies deutlicher der Fall, am stärksten in Niederösterreich (38 Prozent Nennungen; die Zahlen sind allerdings nicht direkt vergleichbar, da in Niederösterreich im Gegensatz zu Graz Mehrfachnennungen möglich waren). Dieser hohe Anteil deckt sich wiederum mit der verbreiteten Einschätzung eines bereits feststehenden Wahlergebnisses.

Der unmittelbare Protest war 2008 für jeweils ein Drittel der NichtwählerInnen in Tirol und Graz ein Faktor, um nicht zur Wahl zu gehen – in Niederösterreich nannten nur 22 Prozent diesen Grund. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass auch die fehlende Attraktivität aller Parteien bzw. KandidatInnen ein protestorientiertes Nichtwahlmotiv darstellt. Ähnlich stark oder schwach, nämlich mit einem Anteil von jeweils ca. 30 Prozent Nennungen, war das Desinteresse an Politik ausgeprägt, der Informationsmangel über die Wahl war als Motiv weniger wichtig. In Tirol spielten für NichtwählerInnen die im Wahlkampf thematisierten Skandale eine wesentliche Rolle.

Im Vergleich zu den Wahljahren 2004 und 2006 lässt sich feststellen, dass NichtwählerInnen durchaus konkrete Gründe für das Fernbleiben von der Wahl nennen. Der am ehesten als »Ausrede« (Filzmaier/Hajek 2005, 18) zu wertende Grund – eine persönliche Verhinderung – war 2008 wie auch schon 2004 und 2006 nicht auffällig stark ausgeprägt (ebd. bzw. Filzmaier/Hajek 2007, 80).

5. Zeitpunkt der Wahlentscheidung und Motivlagen

Die individuelle Wahlentscheidung fällt in Österreich – wie auch in anderen Ländern – seit Jahren immer später (für Österreich siehe Plasser/Ullrich/Seeber 2003, 113 bzw. Plasser/Seeber 2007, 264) – und dieser Trend hat sich auch 2008 fortgesetzt (siehe Tab. 8). In Tirol legten sich 32 Prozent und in Graz 36 Prozent erst in den letzten Wochen oder gar Tagen vor der Wahl auf eine Partei fest. Bei der Nationalratswahl 2006 waren es z. B. 23 Prozent gewesen (Filzmaier/Hajek 2007, 65). Nur in Niederösterreich hatten im Jahr 2008 84 Prozent ihre Wahlentscheidung schon früher getroffen. Diese Ausreißerposition deckt sich mit der erwähnten weit verbreiteten Ansicht, dass die Wahl schon entschieden sei bzw. das Ergebnis schon feststehe. Weiters wird damit klar, dass es vor allem in Niederösterreich um einen – von der ÖVP am besten geführten – Mobilisierungswahlkampf und weniger um die Stimmen von WechselwählerInnen ging. Nur neun Prozent der ÖVP-WählerInnen entschieden sich in Niederösterreich kurzfristig für ihre Partei – der geringste Wert aller Parteien. Im Vergleich dazu schaffte es die FPÖ, 51 Prozent ihrer WählerInnen erst in den Schlusswochen des Wahlkampfes zu überzeugen. Vor allem die hohe Zustimmung von NichtwählerInnen zur Aussage, dass der Ausgang

der Wahl bereits feststehe, zeigt den wesentlichen Einfluss der Mobilisierung von WählerInnen auf das Ergebnis in Niederösterreich 2008.

In Tirol war die Situation teilweise ähnlich: Die ÖVP-WählerInnen legten sich zu rund 80 Prozent schon längerfristig auf ihre Partei fest. Demgegenüber konnten vor allem die Liste von Fritz Dinkhauser (55 Prozent), aber auch SPÖ (33 Prozent) und Grüne (33 Prozent) ihre WählerInnen erst später im Wahlkampf gewinnen. Im Fall Dinkhauser ist die Ursache klar, da seine Liste als neue Partei Zeit für eine öffentliche Darstellung und Bewerbung benötigte. Interessant ist, dass sich in Tirol über 70 Prozent der FPÖ-WählerInnen bereits mehr als drei Wochen vor der Wahl auf ihre Partei festgelegt hatten. Eine mögliche Ursache für diese im Vergleich zu Niederösterreich hohe Rate zeigen die Wählerströme. In Tirol gewann die FPÖ vor allem vom Lager der NichtwählerInnen Stimmen hinzu, in Niederösterreich kamen die meisten ihrer neuen Stimmen von der ÖVP. Damit liegt die These nahe, dass sich die ehemaligen NichtwählerInnen in Tirol schon früh für die FPÖ entschieden, während freiheitliche NeuwählerInnen in Niederösterreich erst während des Wahlkampfes überzeugt werden konnten. Vor allem aber bedeutet der frühe Entscheidungszeitpunkt in Tirol, dass die FPÖ hier durch ihren Wahlkampf keine nennenswerten Gewinne mehr erzielte, was in Niederösterreich sehr wohl der Fall war.

In Graz wiederum konnte die SPÖ ihre WählerInnen kurzfristig nicht mehr mobilisieren, knapp 80 Prozent ihrer Stimmen hatte sie schon drei Wochen vor der Wahl fixiert. Die ÖVP (37 Prozent), vor allem aber das BZÖ (50 Prozent) und die Grünen (55 Prozent) schafften es im Endspurt der letzten Wochen bzw. Tage, jeweils noch eine erhebliche Menge an Stimmen zu gewinnen. Zu beachten ist dabei, dass sich durch den Grazer Wahltermin im Jänner zwangsläufig ein kurzer Wahlkampf von wenigen Wochen nach Weihnachten bzw. nach dem Jahreswechsel ergab.

Tabelle 8: Zeitpunkt der Wahlentscheidung 2008 (Angaben in Prozent)

Wahl	In den letzten Tagen	2 bis 3 Wochen vor der Wahl	Schon früher
GRW Graz	18	18	63
LTW Niederösterreich	7	9	84
LTW Tirol	17	15	67

Quelle: ORF-Wahltagsbefragungen, durchgeführt von OGM (Österreichische Gesellschaft für Marketing) (2008) (Graz, n = 580), DUK (Donau-Universität Krems)/Public Opinion Strategies (2008) (Niederösterreich, n = 1.000) sowie von ISAK (Institut für Strategieanalysen und Kommunikationsforschung)/SORA (Institute for Social Research and Analysis) (2008) (Tirol, n = 1.079). Die maximale Schwankungsbreite betrug in Graz +/–4,2 Prozent, in Niederösterreich +/–3,5 Prozent und in Tirol +/–3 Prozent.

6. Wahlmotive nach Parteien

Die Wahlentscheidung in Graz fiel je nach Partei in unterschiedlichem Ausmaß zwischen SpitzenkandidatInnen, Themen, StammwählerInnen und Protest (siehe Tab. 9, S 406). Für ÖVP-WählerInnen war Siegfried Nagl als amtierender Bürgermeister das stärkste Wahlmotiv (33 Prozent), gefolgt von der Haltung der Partei zu inhaltlichen

Themen (32 Prozent). Einmal mehr zeigt sich als eine wesentliche Ursache für die Verluste der SPÖ, dass diese Partei nur wenige neue WählerInnen ansprechen konnte. Der relativ größte Teil ihrer Stimmen kam von StammwählerInnen (40 Prozent). Thematisch konnte sie zwar ähnlich punkten wie die ÖVP, jedoch wurde ihr Spitzenkandidat offenbar nicht als Alternative zum Bürgermeisterangebot der ÖVP wahrgenommen. KPÖ und Grüne wurden vor allem aus inhaltlichen Gründen (51 bzw. 41 Prozent), aber auch aus Protest gegen die Situation in Graz gewählt (38 bzw. 31 Prozent). Interessanterweise konnten die Spitzenkandidatinnen beider Parteien nicht überzeugen, so dass eher der Schluss nahe liegt, dass KPÖ und Grüne trotz und nicht wegen dieser Personen gewählt wurden. Für die KPÖ, die 2003 noch mit Ernest Kaltenegger angetreten war, wirkte sich dessen Abgang in die Landespolitik sichtlich negativ aus.

Vor allem die FPÖ wurde aus Protestgründen gewählt (31 Prozent), beim BZÖ übertrafen die inhaltlichen Motive (52 Prozent) noch das Protestmotiv. Das mag auf den ersten Blick verwundern, wurden doch bei der Nationalratswahl 2006 inhaltliche Motive für die Wahl des BZÖ nur von vier Prozent genannt (Filzmaier/ Hajek 2007, 77). Es überrascht allerdings nicht, wenn man bedenkt, dass das BZÖ im Grazer Wahlkampf auf stark polarisierende Aussagen beim Sicherheitsthema setzte. Das BZÖ war hier offenbar glaubwürdiger als die FPÖ, deren allgemeine Themenmobilisierung mit deutlichem Abstand am schwächsten war (14 Prozent Nennungen). Die von der Spitzenkandidatin im Wahlkampf getätigten negativen Aussagen über den Islam spielten hingegen für immerhin ein Viertel der WählerInnen eine wichtige Rolle.

Tabelle 9: Ausgewählte Wahlmotive in Graz 2008 (Angaben in Prozent der jeweiligen ParteiwählerInnen)

Motiv	ÖVP	SPÖ	KPÖ	Grüne	FPÖ*	BZÖ
Protest gegen politische Situation in Graz	0	4	38	31	31	36
StammwählerIn	25	40	0	15	12	0
Haltung zu Themen	32	31	51	41	14	52
SpitzenkandidatIn	33	20	8	9	12	5

Anmerkungen: *»Aussagen gegen den Islam« wurde als separates Wahlmotiv für die FPÖ abgefragt. Fehlende Werte auf 100 Prozent entfallen auf weitere Wahlmotive.

Quelle: ORF-Wahltagsbefragung, durchgeführt von OGM (Österreichische Gesellschaft für Marketing) (2008) (n = 580, maximale Schwankungsbreite +/- 4,2 Prozent).

In Anbetracht der Wahlmotive lässt sich für Niederösterreich festhalten, dass die Landtagswahl für ÖVP-WählerInnen primär eine Landeshauptmannwahl war: 85 Prozent der ÖVP-WählerInnen nannten den Spitzenkandidaten als Motiv, noch stärker wogen nur die gute Entwicklung Niederösterreichs und die Interessenvertretung durch die Partei (jeweils 89 Prozent). Vor allem aber schaffte es die ÖVP offenbar, sich von der bundespolitischen Beteiligung an der großen Koalition (samt der damit verbundenen Kritik) zu lösen und den Wahlkampf zu einer rein niederösterreichischen Angelegenheit zu machen. Das Wahlmotiv »Protest gegen die

Bundesregierung« spielte mit insgesamt 19 Prozent Nennungen bei dieser Wahl so gut wie keine Rolle.

Das Stammwählermotiv kam auch bei der SPÖ am stärksten zum Tragen (77 Prozent). Die vertretenen Interessen und auch eine gewisse Kontrollarbeit wurden von SPÖ-WählerInnen ebenso eher häufig genannt, die Spitzenkandidatin hingegen konnte nicht punkten: Nur Madeleine Petrovic von den Grünen (32 Prozent) war für die jeweiligen ParteiwählerInnen ein noch schwächeres Wahlmotiv als Heidemarie Onodi von der SPÖ (51 Prozent). Die FPÖ wiederum erhielt die meisten Stimmen aufgrund der propagierten Themen (71 Prozent), auch Barbara Rosenkranz (63 Prozent) war für viele ein Grund, dieser Partei ihre Stimme zu geben. Vergleichsweise schwach ausgeprägt war hingegen das Motiv Kontrollanspruch. Dieses war vor allem bei Grün-WählerInnen maßgeblich (78 Prozent), gepaart mit inhaltlichen Argumenten. Insgesamt wirkte das Protestmotiv gegen die Bundesregierung in Niederösterreich nur schwach, und zwar auch bei den bundesweiten Oppositionsparteien.

Tabelle 10: Wahlmotive in Niederösterreich 2008 (Angaben in Prozent der jeweiligen ParteiwählerInnen, Mehrfachnennungen möglich)

Motiv	ÖVP	SPÖ	FPÖ	Grüne
SpitzenkandidatIn	85	51	63	32
Partei vertritt meine Interessen	89	76	71	79
StammwählerIn	69	77	45	20
Kontrolle von Missständen	48	60	58	78
Gute Entwicklung von Niederösterreich	89	56	39	38
Protest gegen die Bundesregierung	16	22	30	28
Wahlwerbung meiner Partei	49	43	33	23

Quelle: ORF-Wahltagsbefragung, durchgeführt von DUK (Donau-Universität Krems)/Public Opinion Strategies (2008) (n = 1.000, maximale Schwankungsbreite +/- 3,5 Prozent).

In Tirol war das Protestmotiv gegen die Bundesregierung deutlich stärker (siehe Tab. 11, S. 408). Zu beachten ist, dass zwischen der Landtagswahl in Niederösterreich (März 2008) und jener in Tirol (Juni 2008) – die ja bereits aufgrund der Annahme einer möglichen bundesweiten Neuwahl im Herbst vorgezogen worden war – die Konflikte in der großen Koalition anhielten. In Tirol fällt auf, dass die Spitzenkandidaten der drei stärksten Parteien – ÖVP, SPÖ und Grüne – nicht das wichtigste Motiv für eine entsprechende Stimmabgabe waren. Der amtierende Landeshauptmann Herwig van Staa (ÖVP) wurde nur von 60 Prozent der ÖVP-WählerInnen als Beweggrund genannt, was als geringer Wert für einen Amtsinhaber gelten muss. Die Spitzenkandidaten von SPÖ, FPÖ und Grünen waren für 65, 75 und 64 Prozent ein Wahlmotiv. Die Person Dinkhauser erreichte eine viel höhere Zustimmung (83 Prozent), was wiederum seiner Rolle innerhalb der Liste entsprach. Gerade von den Oppositionsparteien erwarteten sich die WählerInnen vor allem frischen Wind in der Politik, gleichzeitig waren die von der Liste FRITZ propagierten Themen ein besonders starkes Motiv. Der ÖVP

und der SPÖ sprachen hingegen ihre WählerInnen zu, bisher gute Arbeit für Tirol geleistet zu haben.

Tabelle 11: Wahlmotive in Tirol 2008 (Angaben in Prozent der ParteiwählerInnen, Mehrfachnennungen möglich)

Motiv	ÖVP	SPÖ	Grüne	FPÖ	FRITZ
Partei vertritt meine Interessen am besten	92	85	87	85	88
StammwählerIn	80	63	49	33	4
Partei kann Tirol in die richtige Richtung führen	94	84	87	80	86
Partei hat bisher gute Arbeit für Tirol geleistet	95	84	87	68	26
Partei setzt auf die wichtigen Themen	90	83	94	94	97
Spitzenkandidat	60	65	64	75	83
Partei bringt frischen Wind in die Tiroler Politik	47	79	83	97	97
Kontrolle von Missständen	50	59	80	84	84
Wahlwerbung	27	21	18	43	32
Protest gegen die Bundesregierung	11	15	53	60	67

Anmerkung: Die Werte für »trifft sehr zu« und »trifft etwas zu« wurden zusammengefasst.

Quelle: ORF-Wahltagsbefragung, durchgeführt von ISAK (Institut für Strategieberatungen und Kommunikationsforschung)/SORA (Institute for Social Research and Analysis) (2008) (n = 1.079, maximale Schwankungsbreite +/- 3 Prozent).

Der Vergleich der Wahlmotive zeigt, dass sich vor allem die Großparteien auf ihre StammwählerInnen stützen können. Das lässt sich nur teilweise mit der Rolle dieser Parteien im jeweiligen Parteiensystem begründen. Die Motivlage deutet jedoch auch an, dass es SPÖ und ÖVP an alternativen Positionen fehlt, um WählerInnen jenseits des Stammwählermotivs anzusprechen; der Rückgang oder gar der Wegfall dieser Gruppe – etwa durch eine weitere Zunahme der WechselwählerInnen – stellt daher eine Gefahr für beide Parteien dar.

7. Personalisierung als Entscheidungsfaktor? Beurteilung von KandidatInnen

Der Begriff der Personalisierung zählt zu den Standarddiagnosen (Plasser/Ullrich/Seeber 2003, 146) für die Entwicklung von Wahlkämpfen und des politischen Wettbewerbs, und zwar gerade auch vor dem Hintergrund des in Österreich geltenden Listenwahlrechts.

In seiner Bedeutung ist er allerdings diffus, da er zumindest für zwei unterschiedliche Aspekte stehen kann: Erstens für die Zuspitzung der öffentlichen (Selbst-) Darstellung politischer Parteien auf eine Persönlichkeit an ihrer Spitze, namentlich im Wahlkampf auf einen Spitzenkandidaten oder eine Spitzenkandidatin. Dies geht scheinbar mit der medialen Logik konform, die tatsächliche Nachweisbarkeit ist aber umstritten (Lengauer/Pallaver/Pig 2007, 112). Zweitens kann Personalisierung im Sinne einer entscheidenden Determinante für die individuelle Wahlentscheidung verstanden werden, also als Motiv für WählerInnen, sich für eine kandidierende Liste zu entscheiden.

Dieses letztgenannte Verständnis ist in seiner Bedeutung nicht generalisierbar, sondern hängt stark von den jeweiligen Wahlen und den kandidierenden Personen ab. So zeigt etwa der Zeitverlauf auf Bundesebene, dass das durch KandidatInnen motivierte Wahlverhalten bis 2002 an Bedeutung verliert (Plasser/Ullrich/Seeber 2003, 147). 2006 belegte die jeweilige Spitzenperson der Parteien bei der Frage nach ausschlaggebenden Wahlmotiven ebenso fast überall den letzten Platz (mit Ausnahme Van der Bellens bei den Grünen, siehe dazu Plasser/Ullrich/Seeber 2007, 183–184).

Auf Landesebene liegt die Vermutung nahe, dass die Person vor allem in Form des Landeshauptmanns bzw. der Landeshauptfrau eine wichtigere Rolle spielt. Angesichts der Ausübung der mittelbaren Bundesverwaltung und der mit diesem Amt verbundenen Medienpräsenz, sowie der Möglichkeit, sich als Landesvater bzw. -mutter darzustellen, der/ die über allen Partikularinteressen steht und vor allem das Wohl aller BewohnerInnen und aller Interessen im Auge habe, kann diese politische Position »als sehr bedeutsam für die Stabilisierung und Verfestigung der vorhandenen Machtverhältnisse« eingeschätzt werden (Dachs 1992, 625–626). Plasser konstatiert eine »zentrale Bedeutung der Persönlichkeit und des medialen Profils des amtierenden Landeshauptmannes« – er ist damit eine »der zentralen Determinanten des Wahlverhaltens bei Landtagswahlen« (Plasser 1980, 21–22). Eine ähnliche Interpretation ist für Gemeinderatswahlen und BürgermeisterInnen durchaus plausibel.

Tabelle 12: Wahlmotiv SpitzenkandidatIn 2008 (Angaben in Prozent der jeweiligen ParteiwählerInnen)

Partei	GRW Graz	LTW NÖ	LTW Tirol
ÖVP	33	85	60
SPÖ	20	51	65
Grüne	9	32	64
FPÖ	12	63	75
BZÖ	5	27	–
FRITZ	–	–	83
KPÖ	8	–	–

Anmerkung: In Graz war keine Mehrfachnennung der einzelnen Wahlmotive möglich, daher sind die Werte entsprechend niedriger und können nur hinsichtlich ihrer Reihenfolge zum Vergleich herangezogen werden.

Quelle: ORF-Wahltagsbefragungen, durchgeführt von OGM (Österreichische Gesellschaft für Marketing) (2008) (Graz, n = 580), DUK (Donau-Universität Krems)/Public Opinion Strategies (2008) (Niederösterreich, n = 1.000) sowie von ISAK (Institut für Strategieanalysen und Kommunikationsforschung)/SORA (Institute for Social Research and Analysis) (2008) (Tirol, n = 1.079). Die maximale Schwankungsbreite betrug in Graz +/–4,2 Prozent, in Niederösterreich +/–3,5 Prozent und in Tirol +/–3 Prozent.

In Graz lag das Wahlmotiv SpitzenkandidatIn eindeutig an erster Stelle, auch in Bezug auf die Motive der ÖVP-WählerInnen. Der amtierende Bürgermeister war somit ein zentraler Faktor für die Wahlentscheidung. In Niederösterreich war dies ähnlich: Die Person des Landeshauptmanns war im Parteienvergleich für WählerInnen der Volkspartei das stärkste personalisierte Wahlmotiv und nahm in dieser WählerInnen-

gruppe die Spitzenposition ein. Demgegenüber war der Spitzenkandidat der ÖVP in Tirol (ebenfalls amtierender Landeshauptmann) kein bestimmendes Wahlmotiv. Die Kandidaten aller anderen Parteien motivierten die entsprechenden WählerInnen mehr als Herwig Van Staa die ÖVP-WählerInnen. Der sehr hohe Wert für Fritz Dinkhauser lässt sich mit seiner Rolle für die Liste – Gründer, Spitzenkandidat und Namensgeber in Personalunion – erklären.

Diese Ergebnisse der Wahlmotivforschung decken sich mit der jeweiligen Ausgangslage. Landeshauptmann Erwin Pröll lag im von APA und OGM erstellten Vertrauensindex (dem Saldo aus der Frage, ob die Bevölkerung einem Politiker/einer Politikerin vertraut oder nicht vertraut) für Niederösterreichs PolitikerInnen vor der Wahl unangefochten an der Spitze. Die zweitplatzierte spätere Spitzenkandidatin der SPÖ erreichte nicht einmal halb so viele Punkte (APA/ OGM 2008a). Hingegen schaffte Van Staa in Tirol nur ein neutrales Ergebnis: Ihm misstrauten ebenso viele TirolerInnen wie ihm vertrauten – für einen Spitzenkandidaten ein schlechtes, für einen amtierenden Landeshauptmann ein beinahe desaströses Ergebnis (APA/ OGM 2008b). In diesem Kontext erscheint die These eines Zusammenhangs zwischen einer starken oder schwachen Person an der Landesspitze und einem Erfolg bzw. Misserfolg bei Landtagswahlen nicht gänzlich unplausibel. Sie ist zwar nur eine Determinante in einem Mix wahlentscheidender Faktoren, kann aber beim Antreten eines Amtsinhabers keinesfalls ausgeblendet werden.

8. Ausblick

Die politischen Auswirkungen der Landtagswahlen und der Gemeinderatswahl in Graz im Jahr 2008 waren unterschiedlich, jedoch vergleichsweise gering. In Niederösterreich blieb Erwin Pröll Landeshauptmann und Siegfried Nagl behielt seine Position als Bürgermeister in Graz – Herwig Van Staa jedoch musste in Tirol sein Amt abgeben, wenngleich die ÖVP die Landeshauptmann-Position behielt.

In Graz kam es zu einer neuen (schwarz-grünen) Regierungskooperation, während in Tirol die ÖVP/SPÖ-Koalition fortbesteht. Auf Bundesebene wurden jeweils abhängig von parteipolitischer Position der lokale bzw. regionale Charakter des Wahlergebnisses betont und mehr oder weniger intensiv vorgezogene Neuwahlen überlegt, allerdings nicht in diesem Kontext beschlossen. Die Neuwahlentscheidung der ÖVP auf Bundesebene fiel im Juli 2008 exakt einen Monat nach der Tiroler Wahl und ohne unmittelbaren Zusammenhang. Das in seinem Ausmaß überraschende Resultat der Liste von Fritz Dinkhauser führte zur Überlegung einer bundesweiten Kandidatur (und trug wohl zu deren Umsetzung bei der Nationalratswahl im September 2008 bei).

Strategisch offen ist, inwieweit es der ÖVP weiterhin gelingt, überdurchschnittlich viele Frauen anzusprechen. Umgekehrt muss die SPÖ ihren Vorsprung unter älteren WählerInnen bzw. bei den StammwählerInnen verteidigen. Im Umkehrschluss wird deutlich, dass die Partei ein wachsendes Problem hat, neue WählerInnengruppen für sich zu gewinnen.

Zudem erreichte die ÖVP bei den Landtagswahlen 2008 in den älteren Schichten ein im Vergleich mit 2003 zumindest konstantes Ergebnis; sie lag sogar besser als im Landesschnitt, was für einen steigenden Konkurrenzdruck zwischen den Parteien bei der 60plus-Generation spricht. Auch WählerInnen zwischen 30 und 50 bzw. 60 Jahren sind für beide Großparteien immer schwerer anzusprechen. Folgerichtig beherbergt diese Altersgruppe das größte Potenzial für neue Parteien. Die Liste von Fritz Dinkhauser kam bei diesen WählerInnen knapp an die ÖVP heran.

Bei den Wahlmotiven zeigt sich, dass inhaltliche Punkte wie die vertretenen Positionen einer Partei nach wie vor wesentliche Bestimmungsfaktoren für das Wahlverhalten sind. Regional fanden 2008 primär keine Protestwahlen gegen die Bundesregierung statt.

Die Wahlbeteiligung ist in Graz beinahe konstant geblieben sowie in Tirol und Niederösterreich wieder angestiegen. Es wäre allerdings verfrüht, von einer Trendwende zu sprechen: Die gestiegene Beteiligung ist mit einem erfolgreichen Mobilisierungswahlkampf (Niederösterreich) und dem Antreten einer offenbar attraktiven neuen Wahlalternative (Tirol) zu erklären.

Die Motive der NichtwählerInnen werden von bekannten Aussagen wie der fehlenden Attraktivität der kandidierenden Parteien bestimmt. Nicht politisches Desinteresse ist demnach der Hauptgrund für eine Wahlenthaltung, sondern das schlechte vorhandene Angebot, oder auf die mittlerweile bekannte Formel heruntergebrochen: Es gibt eher eine PolitikerInnen- sowie Parteienverdrossenheit, und keine Politikverdrossenheit. Der Pool der Nichtwählerinnen ist nach wie vor groß und bietet daher ausreichend Potenzial für neue Parteien, den Einzug in Landtage oder in den Nationalrat zu schaffen.

Literatur

- Amt der niederösterreichischen Landesregierung (2008) *Ergebnis der niederösterreichischen Landtagswahl 2008*, verfügbar unter: <http://www.noel.gv.at/Politik-Verwaltung/Wahlen/Landtagswahl-2008.html>, 5. 8. 2008.
- Amt der Tiroler Landesregierung (2008) *Ergebnis der Tiroler Landtagswahl 2008*, verfügbar unter: http://wahlen.tirol.gv.at/WahlenTirolGvAtWeb/wahlen.do?cmd=wahlInfo&wahl_id=20&cid, 5. 8. 2008.
- APA/ OGM (2008a) *Vertrauensindex für Niederösterreich, Jänner 2008*, verfügbar u. a. unter: www.ogm.at/pdfs/Niederoesterreich_Jaeno8_HP.pdf, 5. 8. 2008.
- APA/ OGM (2008b) *Vertrauensindex für Tirol, Mai 2008*, verfügbar u. a. unter: <http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/tirol/1301143/index.do>, 5. 8. 2008.
- Brunmayr, Erich/ Filzmaier, Peter (2008) *Nachwahlbefragung unter SchülerInnen zur Landtagswahl in Niederösterreich 2008*. Unveröffentlichter Forschungsbericht im Auftrag des Landes Niederösterreich. Krems.
- Dachs, Herbert (1992) *Parteien und Wahlen in Österreichs Bundesländern – Eine Zusammenchau*. In: Dachs, Herbert (Hg.) *Parteien und Wahlen in Österreichs Bundesländern 1945–1991*. Wien/ München, 605–636.
- DUK (Donau-Universität Krems)/ Public Opinion Strategies (2008) *ORF-Wahltagsbefragung zur Niederösterreichischen Landtagswahl, 9. März 2008*, verfügbar unter: <http://www.donau-uni.ac.at/de/departament/politischekommunikation/news/id/11464/index.php>, 5. 8. 2008.

- Filzmaier, Peter (2006) *Parteibilanzen: Glanz und Elend*. In: Khol, Andreas u. a. (Hg.) Österreichisches Jahrbuch für Politik 2005. Wien/ München, 3–27.
- Filzmaier, Peter/Hajek, Peter (2005) *Das österreichische Wahljahr 2004*. In: SWS-Rundschau, Nr. 1, 6–36.
- Filzmaier, Peter/Hajek, Peter (2007) *Die Nationalratswahl 2006: Ergebnisse und Wahlverhalten*. In: Filzmaier, Peter u. a. (Hg.) Medien-demokratie Österreich. Wien, 63–90.
- ISAK (Institut für Strategieanalysen und Kommunikationsforschung)/SORA (Institute for Social Research and Analysis) (2008) *ORF-Wahltagsbefragung zur Tiroler Landtagswahl, 8. Juni 2008*, verfügbar unter: <http://www.strategieanalysen.at/>, 5. 8. 2008.
- Kozeluh, Ulrike/Nitsch, Sigrid (2006) »Wählen heißt erwachsen werden!« *Analyse des Wahlverhaltens Jugendlicher zwischen 16 und 18 Jahren bei der Wiener Landtagswahl 2005*. In: SWS-Rundschau, Nr. 2, 126–149.
- Lengauer, Günther/Pallaver, Günther/Pig, Clemens (2007) *Redaktionelle Politikvermittlung in österreichischen Wahlkämpfen, 1999–2006*. In: Plasser, Fritz/Ulram, Peter A. (Hg.) Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006. Wien, 103–151.
- OGM (Österreichische Gesellschaft für Marketing) (2008) *ORF-Wahltagsbefragung zur Grazer Gemeinderatswahl, 20. Jänner 2008*, verfügbar unter: <http://www.donau-uni.ac.at/de/departments/politischekommunikation/news/id/11233/index.php>, 5. 8. 2008.
- Plasser, Fritz (1980) *Zwischen Tradition und Modernität. Landtags-, Arbeiterkammer- und Personalvertretungswahlen 1977–79*. In: Khol, Andreas/Stirnermann, Alfred (Hg.) Österreichisches Jahrbuch für Politik 1979. Wien/ München, 17–37.
- Plasser, Fritz/Seeber, Gilg (2007) *Das österreichische Wahlverhalten im internationalen Vergleich*. In: Plasser, Fritz/Ulram, Peter A. (Hg.) Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006. Wien, 255–283.
- Plasser, Fritz/Ulram, Peter A./Seeber, Gilg (2003) *Erdrutschwahlen: Momentum, Motive und neue Muster im Wahlverhalten*. In: Plasser, Fritz/Ulram, Peter A. (Hg.) Wahlverhalten in Bewegung. Analysen zur Nationalratswahl 2002. Wien, 97–157.
- Plasser, Fritz/Ulram, Peter A./Seeber, Gilg (2007) *Was Wähler(innen) bewegt: Parteien-, Themen- und Kandidatenorientierungen 2006*. In: Plasser, Fritz/Ulram, Peter A. (Hg.) Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006. Wien, 155–194.
- SORA (2003) *Wählerstromanalyse der Tiroler Landtagswahl*, verfügbar unter: www.sora.at, 5. 8. 2008.
- SORA (2008a) *Wählerstromanalyse der niederösterreichischen Landtagswahl*, verfügbar unter: www.sora.at, 5. 8. 2008.
- SORA (2008b) *Wählerstromanalyse der Tiroler Landtagswahl*, verfügbar unter: www.sora.at, 5. 8. 2008.
- Stadtmagistrat Graz (Hg.) (2008) *Gesamtstatistik Gemeinderatswahl und Bezirksrätewahl*. Graz.

Kontakt:

peter.filzmaier@donau-uni.ac.at
flooh.perlot@strategieanalysen.at